

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Roland Claus, Caren Lay, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, Karin Binder, Matthias W. Birkwald, Heidrun Bluhm, Eva Bulling-Schröter, Kerstin Kassner, Katja Kipping, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Michael Leutert, Dr. Gesine Löttsch, Thomas Lutze, Birgit Menz, Dr. Petra Sitte, Dr. Kirsten Tackmann, Azize Tank, Harald Weinberg, Hubertus Zdebel, Sabine Zimmermann (Zwickau), Pia Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 18/6100 –**

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2015

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Im 25. Jahr der Deutschen Einheit wird im Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2015 dem Rückblick besonderer Raum gewährt. Dort, wie auch in den meisten historischen Abrissen, kommt die 40 Jahre währende deutsche Teilung lediglich aus der Perspektive der westdeutschen Entwicklung vor. Wer aber Geschichte real darstellen will, darf die DDR nicht verschweigen oder sie nur auf ihre Defizite reduzieren. Diese holzschnittartige Einschätzung wird weder den ostdeutschen Erfahrungen noch der Lebensrealität in der DDR gerecht. Sie widerspricht dem Ziel zur Schaffung der inneren Einheit und unterschlägt, dass die sozialen Bedingungen des DDR-Alltags oft von Ambivalenzen und Brüchen geprägt waren. Das vielfältige Erbe der DDR besteht auch aus sozialen und kulturellen Leistungen, die im Prozess der Einheit verlorengegangen sind und an die heute mühsam wiedererinnert werden muss.
2. Die Bundesregierung bestätigt im Jahresbericht, dass Ostdeutschland nach wie vor nur zwei Drittel der Wirtschaftsleistung pro Einwohnerin und Einwohner des Westens erbringt, dass auch die Löhne Ost bei diesen zwei Dritteln verharren und dass der Rückstand auf Jahrzehnte hinaus fortbestehen wird. Indem die Regierung dafür das geringere Exportniveau, die Kleinteiligkeit der ostdeutschen Wirtschaft und ein geringeres Niveau der Innovationsaktivitäten verantwortlich macht, gesteht sie ein, dass sie seit nunmehr bereits mehr als zwei Jahrzehnten nicht in der Lage ist, eine den Besonderheiten des Ostens angemessene Wirtschafts-, Regional- und Standortpolitik zu entwickeln. Deutlich wird dies vor allem an den ökonomischen Kennziffern der zementierten Ungleichheit bei den Effektivlöhnen

(Jahresbericht 2015, S. 58) und noch gravierender beim Immobilien- und Geldvermögen privater Haushalte, das in Ostdeutschland bei knapp 44 Prozent des Betrages der westdeutschen Haushalte liegt (Jahresbericht 2015, S. 64). Zu befürchten ist außerdem, dass dieser von der Bundesregierung verewigte Rückstand Ost nicht nur die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland selbst behindert, sondern auch negative Auswirkungen auf die Fähigkeit Deutschlands hat, langfristig mit den Migrationsbewegungen in Europa und der Welt umzugehen.

3. Ein Vierteljahrhundert nach dem Mauerfall gibt es immer noch keine gleichwertigen Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland. Positive Effekte und Trends auf dem Arbeitsmarkt sind zu großen Teilen konjunkturbedingt und kaum auf Strukturanpassungsleistungen zurückzuführen. Während es in westdeutschen Bundesländern auch strukturschwache Gegenden gibt, sind ausnahmslos alle ostdeutschen Länder großflächig von wirtschaftlicher Schwäche betroffen.
4. Der Jahresbericht enthält keine Verbesserungsvorschläge zum Erreichen der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen deutschen Einheit, die über die bereits vorhandenen und häufig ernüchternd wirkungslosen Programme und Vorhaben hinausgehen. Die immer noch bestehenden Benachteiligungen der Ostdeutschen, z. B. im Rentenrecht und in der oft weit unterproportionalen Beteiligung Ostdeutschlands an gesamtdeutschen Förderprogrammen, werden im Bericht zwar benannt, aber nicht konkret angegangen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. schnellstmöglich einen Aktionsplan zum gesellschaftspolitischen Zusammenwachsen vorzulegen, der nicht nur die Geschichte von BRD und DDR in einem produktiven wechselseitigen Zusammenhang betrachtet, sondern auch über die aktuelle Transformationsphase informiert und zur Diskussion über die Definition von gleichwertigen Lebensverhältnissen sowie zum selbstbewussten Mitgestalten durch die Menschen einlädt. Dabei ist der ostdeutsche Erfahrungsvorsprung bei der Bewältigung von Transformationsprozessen gesamtdeutsch besser zu nutzen. Wichtig ist für alle Menschen in Deutschland, dass die Einheit ein Gewinn wird;
2. ein Programm zur Angleichung des Lohn- und Gehaltsniveaus im Osten an das des Westens auf den Weg zu bringen sowie einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem unter zeitweiliger Beibehaltung der Umrechnung der Entgelte in Ostdeutschland der aktuelle Rentenwert (Ost) mit Hilfe eines steuerfinanzierten Stufenmodells an den aktuellen Rentenwert angeglichen wird sowie die diskriminierenden Wirkungen des Rentenüberleitungsgesetzes korrigiert und die Überführungslücken geschlossen werden, und
3. eine Gesetzesfolgenabschätzung vorzunehmen, die alle Vorhaben einer Prüfung ihrer Auswirkung auf Ostdeutschland und auf die strukturschwachen westdeutschen Gegenden unterzieht, um eine gerechte Verteilung von Steuergeldern zu ermöglichen und eine langfristige Förderung strukturschwacher Regionen in Ost und West in Form eines Solidarpakts III sowie eine Beteiligungsquote für Ostdeutschland einzuführen.

Berlin, den 29. September 2015

Dr. Gregor Gysi und Fraktion